

# Frauen noch lange nicht am Ziel

NR: 26.07.17

Gleiche Bedingungen im Beruf noch immer ein Traum / Recht auf Rückkehr in Vollzeit noch immer eine große Baustelle

**ITZELHOE** Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit: Eine schon lange währende Forderung ist die gerechte Entlohnung, doch noch immer gibt es Frauen, die trotz gleicher Tätigkeit weniger Geld verdienen als ihre männlichen Kollegen. Mit diesem Thema befasste sich einmal mehr die Arbeitsgemeinschaft Frauen der Region Schleswig-Holstein Unterelbe.

Die Unterelbefrauen haben sich die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt auf die Fahnen geschrieben. Für dieses Ziel haben sich die Frauen aus Institutionen aus den Kreisen Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen vernetzt und pflegen den Dialog mit Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Zur jüngsten Fachtagung im Egeb-Gebäude in der Itzehoer Viktoriastraße waren die Bundestagsabgeordneten Mark Helfrich (CDU) und Karin Thissen (SPD) zu Gast.

„Für uns ist es wichtig, das Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten zu suchen“, erklärte Perke Heldt, Regionssekretärin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dabei gelte es, Fraueninteressen zu formulieren und den Bundes-



**Diskutierten über Chancengleichheit** (v. l.): Gabriele Hoschek, Sandra Stadniczuk, Caren Ziemann, Perke Heldt, Sonja Eberlei, Gabriela Petersen, Iris-Charlotte Stüven, Andrea Bönnen und Astrid Nielsen mit den Bundestagsabgeordneten Karin Thissen (vorn) und Mark Helfrich. RG

tagsabgeordneten Richtung Berlin mit auf den Weg zu geben oder umgekehrt etwas über Änderungen auf Bundesebene zu erfahren.

Es ging um die Vorstellungen über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und darum, „was junge Frauen wollen“, wobei ein Schwerpunkt die Berufswahl und der „Equal Pay“, die gleiche Bezahlung, waren. Einig waren sich Unterelbefrauen und Politiker zunächst darin, dass viele vornehmlich

als Frauenberufe geltende Tätigkeiten – insbesondere erzieherischen, medizinischen und pflegerischen Bereich – neu eingestuft werden müssten. In den Berufen, in denen bisher für die Ausbildung gezahlt werden müsse, sollte zur dualen Ausbildung gewechselt werden, damit schon die Azubis entlohnt werden. Und für die gleiche Bezahlung sei Voraussetzung, Transparenz zu schaffen. Das Entgelttransparenzgesetz sei ausbaufähig und sollte

für Betriebe ab 200 Beschäftigten gelten.

Stark machen wollen sich die Unterelbefrauen auch für das Rückkehrrecht aus der Teilzeit in die Vollzeit. „Die Arbeitswünsche von Frauen geht oft weit über das hinaus, was geboten wird“, sagt Astrid Nielsen von der Beratungsstelle Frau und Beruf. Viele wünschten sich eine Arbeitszeit um die 30 Stunden pro Woche. Und, so Nielsen weiter, bei der Kinderbetreuung sei die Forderung nach der kostenlosen Kita noch nicht vom Tisch. Das Ehegattensplitting sowie der Minijob sorgten für weitere Diskussionspunkte.

„Für mich ist es immer gut, in dieser Runde mal einen Perspektivwechsel zu erleben, Themen mit anderen Augen zu sehen“, zog Mark Helfrich sein Resümee des Treffens. Auch diesmal sei inhaltlich vieles erörtert worden, wobei er sich für das Thema Ehegattensplitting nicht richtig begeistern könne. Für ihn sollte es eher Richtung Familiensplitting gehen. In den Lohnsteuerklassen sei aus seiner Sicht viel möglich.

So sieht Karin Thissen das nicht, sie fordert, das Ehegattensplitting ganz abzuschaffen

ist damit auf der Linie der Unterelbefrauen in puncto steuerliche Ungerechtigkeit. Den Minijob wolle sie „am liebsten abschaffen“. Berufstätigkeit von Frauen müsse genauso anerkannt werden wie von Männern. Einig sind sich Helfrich und Thissen mit der Arbeitsgemeinschaft beim Rückkehrrecht in Vollzeitbeschäftigung, Helfrich sieht dies allerdings differenzierter – für ihn abhängig von der Wirtschaftssituation, beziehungsweise Größe eines Unternehmens. Er bedauert genauso wie Thissen, dass die große Koalition das Rückkehrrecht nicht hingekriegt habe. Die Rückkehr in Vollzeit habe jetzt genau die gleiche Diskussion hervorgerufen wie seinerzeit die Rückkehr in Teilzeit und die Elternzeit, merkte Karin Thissen an. Heute unumstritten. Kritik übte Thissen an den Minijobs, die einst als Ausnahme auf dem Weg zum Einstieg in befristete Jobs gedacht waren, und heute den Schritt in die Altersarmut insbesondere der Frauen bedeuten. Übrigens: 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

*Ilke Rosenburg*